

In Biodiversität investieren

SWIFCOB 20, 17. Januar 2020, UniS, Bern

Finanzierungs- und Investitionsentscheide sind nicht nur für das Klima von Bedeutung, sondern auch massgebliche Treiber für die Entwicklung der Biodiversität. Damit könnten sie starke Hebel sein für Lösungen, um die Biodiversitätskrise anzugehen. Die SWIFCOB-Tagung 2020 des Forum Biodiversität Schweiz der SCNAT wagte einen Blick hinter die Kulissen der Finanzwelt und des Staatshaushalts und suchte nach Ansatzpunkten, die dazu führen könnten, dass die Finanzströme der Natur zugutekommen. Es stellte sich heraus, dass die Berücksichtigung von Biodiversitätsaspekten in der Finanzbranche noch in den Kinderschuhen steckt. Doch der Druck von Seiten der EU und der nationalen Politik steigt, dieses Thema mit hoher Dringlichkeit anzugehen. Nötig ist unter anderem eine wissenschaftlich fundierte Erfassung der Wirkung von Finanzierungs- und Investitionsentscheiden auf die Biodiversität sowie der mit dem Verlust von Biodiversität und Ökosystemleistungen verbundenen Risiken für Anlegerinnen und Anleger.

Von Gregor Klaus und Daniela Pauli

Die Schweizer Banken verwalten ein Vermögen von 7'000 Milliarden Franken. Die Investitionen, die sie damit tätigen, sind weit davon entfernt, die international vereinbarten Biodiversitätsziele zu berücksichtigen - im Gegenteil. Es werden Unternehmen und Landnutzungen finanziert, die die Biodiversitätskrise anfeuern und am Laufen halten. «Zu viele Investitionen arbeiten gegen die Natur», sagte Florian Altermatt, Präsident des Forums Biodiversität Schweiz. Angesichts von weltweit bis zu einer Million Arten, die vom Aussterben bedroht sind, forderte er die Ausdehnung der Biodiversitätsfrage auf alle Sektoren, insbesondere auch auf die Finanzwelt.

Dort ist Nachhaltigkeit zunehmend ein Thema. «Praktisch alle Banken stellen die Nachhaltigkeit in den Vordergrund - zumindest bei der Werbung», sagte Daniela Pauli, Leiterin des Forums Biodiversität Schweiz. Die Nachfrage nach nachhaltigen Finanzanlagen wächst enorm, und die Finanzbranche erachtet diese Nische als zunehmend wichtig. Das Positionspapier der Schweizerischen Bankiervereinigung (SwissBanking) vom September 2019 stellt fest: «Die Schweiz hat das Potenzial, zu einem weltweit führenden Hub für Sustainable Finance zu werden». Und auch der Schweizerische Bundesrat sieht grosse Chancen für einen nachhaltigen Finanzplatz Schweiz. Er will in den kommenden Jahren die Rahmenbedingungen schaffen, die es dem Finanzplatz

erlauben, im Bereich nachhaltiger Finanzen wettbewerbsfähig zu sein. Mehrere Postulate, Motionen und Interpellationen der Eidgenössischen Räte gehen das Thema nachhaltigen Finanzen an und fordern unter anderem, dass die Nationalbank Mitverantwortung übernehmen muss für den Klimaschutz und die Finanzflüsse das Artensterben nicht weiter beschleunigen dürfen.

Biodiversität wird stiefmütterlich behandelt

Nachhaltigen Finanzanlagen sind zwar ein Thema – doch die Banken und Unternehmen müssen erst noch den Beweis liefern, dass sie tatsächlich etwas am umweltschädigenden Verhalten ändern. Zudem ist Nachhaltigkeit ein enorm breites Feld und konzentriert sich bei der Ökologie relativ einseitig auf den Schutz des Klimas und des Wassers; Biodiversität spielt noch nicht einmal eine Nebenrolle. So liess sich trotz intensiver Suche keine Bank und keine Pensionskasse dafür gewinnen, an der Tagung ein Anlageprodukt mit Fokus Biodiversität vorzustellen. «Wir stehen am Anfang mit unseren Bemühungen», sagte Daniela Pauli.

Erste Ideen für solche Anlageprodukte gibt es durchaus. Zur Einstimmung ins Tagungsthema erhielten die Teilnehmenden die Gelegenheit, via Smartphone vier hypothetische Finanzprodukte hinsichtlich ihrer Rendite und ihres Beitrags zum Biodiversitätsschutz zu bewerten. Diese investieren in die Regeneration von Hochmooren, in Edelholzplantagen mit Aufforstung, in biodiversitätsfreundliche Immobilien oder in die Entwicklung von Fleischersatzprodukten. Alle vier Produkte wurden bezüglich Rendite und positive Wirkung auf die Biodiversität insgesamt gut bewertet, doch war die Streuung der Ergebnisse sehr gross. Hinsichtlich des Nutzens für die Biodiversität schnitt die Hochmoorregeneration am besten ab, bei der Rendite hingegen am schlechtesten. Hier zeigt sich ein Dilemma: Man möchte mit seinen Anlagen ein öffentliches Gut wiederherstellen, das den Klimawandel mindert und zum Wohlergehen aller Menschen beiträgt, kann dafür aber unter den heutigen Rahmenbedingungen kaum eine Rendite erwarten.

Bevölkerung muss Druck machen

Karin Ingold vom Institut für Politikwissenschaften der Universität Bern beleuchtete die «Tragik der Allmende» (Tragedy of the commons), nach der frei verfügbare, aber begrenzte Ressourcen wie die Biodiversität nicht nachhaltig genutzt werden. Es kommt zu einem Raubbau. Prognosen gehen beispielsweise davon aus, dass es 2048 im asiatisch-pazifischen Raum keine wirtschaftlich nutzbaren Fischbestände mehr gibt. Aber wer ist für die ökologischen Schäden verantwortlich? Die Fischer? Die Händler? Die Banken, die Kredite für die Schiffe vergeben? Die Konsumentinnen? Die Staaten, die Subventionen an die Fischereiwirtschaft verteilen? «Es existiert eine ganze Kette der Verantwortungslosigkeit», erklärte Ingold.

Für eine Lösung des Problems braucht es in vielen Fällen die lenkende und regulierende Hand des Staates, so Ingold. Dieser darf seine Möglichkeiten nicht unterschätzen, vor allem nicht die Schweiz. So ist allein Genf der weltweit wichtigste Handelsplatz für Getreide, Baumwolle, Ölsaaten und Zucker, deren Anbau einen grossen Einfluss auf die Biodiversität hat. Auch eine Selbstregulierung wäre zielführend. «Erfolgversprechend ist dies vor allem dann, wenn der Staat involviert ist», erklärte Ingold.

Eine bedeutende Rolle spielen dabei sektorübergreifende Plattformen oder Foren, welche private Organisationen, Verwaltung, Wirtschaft und Politik vernetzen. Gerade in der Schweiz bereiten diese oftmals private oder öffentliche Initiativen vor. In den Foren werden nicht selten auch politische Entscheide gefällt. Dabei darf aber eines nicht vergessen gehen: «Die wichtigen Impulse gehen immer von der Zivilgesellschaft aus», so Ingold. Mit anderen Worten: Wenn kein Druck aus der Bevölkerung kommt, passiert in Politik und Wirtschaft kaum etwas.

Die Bevölkerung ist dabei auf Wissen aus der Forschung angewiesen. Und diese ist nicht untätig, wie der Vortrag von Rolf Frischknecht von treeze Ltd. zeigte, einem Unternehmen, das sich auf Ökobilanzen spezialisiert hat. Im Auftrag des BAFU haben er und sein Team 2018 die ökologischen

Fussabdrücke der Schweiz für die Jahre 1996 bis 2015 abgeschätzt. Neben den Treibhausgasemissionen und dem Wasserverbrauch wurden auch die Auswirkungen des Konsums in der Schweiz auf die Biodiversität ermittelt.

Der Biodiversitäts-Fussabdruck beziffert den potenziellen Artenverlust durch die verschiedenen Landnutzungen. Die Untersuchungen sind alarmierend, hat doch der Biodiversitäts-Fussabdruck pro Kopf in den letzten 20 Jahren um 14% zugenommen. Der Druck auf die Biodiversität übersteigt zurzeit das planetenverträgliche Mass deutlich. Rund zwei Drittel des Biodiversitäts-Fussabdrucks werden dabei durch Netto-Importe verursacht. Im Klartext heisst das: Unser Konsum zerstört Biodiversität im Ausland. Dabei haben tierische und pflanzliche Produkte mit rund 70% den weitaus grössten Anteil am importierten Biodiversitäts-Fussabdruck.

Finanz- und Realwirtschaft entkoppeln sich zunehmend

Um einiges grösser wäre der Fussabdruck, wenn der Einfluss des Finanzplatzes Schweiz in die Bilanzen mit eingeflossen wäre. Dass der Finanzplatz auch unabhängig von ökologischen Gesichtspunkten unbedingt reguliert werden müsste, unterstrich Marc Chesney vom Institut für Banking und Finance der Universität Zürich. Er zeichnete ein düsteres Bild eines Sektors, dem grundlegende moralische Werte abhanden gekommen zu sein scheinen.

Die Machenschaften und Lügen der Bank Lehman Brothers vor dem Bankrott im Jahr 2008 sei nur die Spitze des Eisberges, so Chesney. Die Bank stand bereits am Rande des Bankrotts, als sie sich noch den Anschein von Nachhaltigkeit und Verantwortungsbewusstsein gab. Als eines ihrer Ziele nannte sie etwa die Verringerung von Umweltauswirkungen, die durch ihre Aktivitäten entstehen.

Eigentlich hätten bei Politik und Finanzaufsicht die Alarmglocken läuten müssen in Anbetracht der vielen dubiosen Geschäfte und komplexen Derivate. Der Handel mit einem Derivat ist letztendlich nichts anderes als eine Wette auf eine Kursentwicklung. Die Derivate der Bank Lehman Brothers wiesen eine völlig unverhältnismässige Höhe von 35'000 Milliarden Dollar auf. Ihr Nominalwert entsprach etwa 1500-mal dem Eigenkapital der Bank.

Der exzessive Derivatmarkt als Auswuchs des Börsencasinos mit erheblichen Risiken für die Stabilität des weltweiten Finanzsystems floriert weiterhin. Ein Blick in die Schweiz zeigt, dass beispielsweise der Nominalwert der Derivate der Credit Suisse im Jahr 2017 einen Umfang von 28'800 Milliarden Franken aufgewiesen hat. Damit waren diese ungefähr 687-mal so hoch wie ihr Eigenkapital. Der Wert dieser Produkte entsprach etwa 43-mal dem Bruttoinlandprodukt der Schweiz und etwas mehr als einem Drittel der Weltwirtschaftsleistung. Die Zahlen bewegen sich bei praktisch allen grossen Banken auf der Welt in einem ähnlichen Rahmen. Und sie zeigen, dass die Banken offenbar Kunden für Derivate haben: Der weltweite Derivatemarkt ist mittlerweile auf mehr als 600 Billionen Dollar angeschwollen. Das heisst: Es werden wesentlich mehr Risikoabsicherung und Wetten als echte Geschäfte abgeschlossen. Die Finanzwirtschaft ist weitgehend entkoppelt von der Realwirtschaft. Die damit verbundenen Risiken werden kaum hinterfragt.

«Der Bankrott von Lehman Brothers steht für das Fiasko eines Finanzkasinosystems, in welchem die Schulden, die Wetten und der Zynismus die Oberhand über die Ersparnisse, die Investitionen und das Vertrauen gewonnen haben», erklärte Marc Chesney. Er verglich den Finanzsektor mit einem Lastwagen voller toxischer Frachten, der unkontrolliert bergab fährt. «Kann man von solchen Märkten erwarten, dass sie grosse Umweltkatastrophen vorhersagen, wenn sie doch nicht einmal den Lehman Brother-Crash vorhersehen konnten?»

Eigentlich müssten sich Bürgerinnen und Bürger erheben und gegen ein solches Finanzsystem protestieren, findet Chesney, und präsentierte mehrere Auswege aus der Situation. Unter anderem fordert er eine transparente Zertifizierung von Finanzprodukten sowie eine Steuer auf alle elektronischen Zahlungen. Diese würden die Steuerlast für die meisten Haushalte und Unternehmen reduzieren und es erlauben, Transaktionen anstelle der Arbeit zu besteuern.

Mit einer Steuer in Höhe von nur 0,1% auf jede elektronische Transaktion könnte die Eidgenossenschaft 100 Milliarden Schweizer Franken pro Jahr einnehmen – das ist das Doppelte der Steuereinnahmen. Mit diesem Geld könnten nicht nur die Mehrwertsteuer, die direkte Bundessteuer und die Stempelsteuer abgeschafft werden, sondern auch massiv in die Biodiversität investiert werden. Wenig hält Chesney davon, einzelnen Arten oder der Biodiversität einen Marktpreis zu geben: «Was wertvoll ist, ist unbezahlbar!»

Staatliche Investitionen in die Natur lohnen sich

Franziska Humair vom BAFU zeigte in ihrem Referat, dass sich staatliche Investitionen in die Biodiversität lohnen. Zwischen 2016 und 2019 haben Bund und Kantone im Rahmen ihrer Programmvereinbarungen pro Jahr im Durchschnitt 100 Millionen Franken für die Erhaltung und Förderung der Biodiversität in den Bereichen Naturschutz und Waldbiodiversität ausgegeben. Die Programmvereinbarungen sind ein zentrales Instrument des Finanzausgleiches und dienen dazu, Bundesrecht umzusetzen. Welche Wirkungen diese Gelder auf Natur, Wirtschaft und Gesellschaft haben, hat das BAFU in den letzten beiden Jahren untersucht.

«Die Gelder fliessen an Landwirte, Bauunternehmer, Planer, Forstbetriebe, Waldeigentümer und viele mehr,» sagte Humair, die für die Umsetzung des Aktionsplans Biodiversität Schweiz zuständig ist. «Das BAFU ist nur der Verteiler». Die Investitionen kommen also nicht nur der Natur zugute, sondern schaffen auch eine beachtliche Wertschöpfung in Form von lokaler Beschäftigung und Lohneinkommen. Von den aufgewerteten Ökosystemleistungen wiederum profitieren alle Menschen: «In neuen und renaturierten Lebensräumen wie Moore und Auen sind beispielsweise unvergessliche Naturerlebnisse möglich», sagte Humair. «Die Investitionen sind mehr als die Summe der Geldmittel». Hinzu kommt, dass die staatlichen Investitionen der Bevölkerung vor Augen führen, dass die Natur dringend Hilfe benötigt. Dies führt zu Nachahmern im privaten und wirtschaftlichen Bereich.

Deutlich mehr staatliche Gelder fliessen in die Landwirtschaft, wie Gabriele Schachermayr, Vizedirektorin des Bundesamts für Landwirtschaft (BLW) zeigte. Das Landwirtschaftsbudget des Bundes betrug 2017 rund 3,7 Milliarden Franken. 400 Millionen Franken davon sind sogenannte Biodiversitätsbeiträge, mit denen die Arten- und Lebensraumvielfalt im Agrarland gezielt erhalten und gefördert werden soll.

Die Wirkungskontrolle zum Nutzen der Biodiversitätsförderflächen zeigt ambivalente Resultate: Zwar ist die Artenvielfalt in den Biodiversitätsförderflächen höher, doch fast die Hälfte der «extensiv genutzten Wiesen» bestehen aus artenarmen oder «moderat artenreichen» Fettwiesen. Ein wirkungsvolles Investment sieht anders aus. Beim BLW weiss man um dieses Defizit. Die Anforderungen, um Biodiversitätsbeiträge zu erhalten, sollen deshalb im Rahmen der Agrarpolitik 22+ weiterentwickelt werden, um mit den investierten Geldern mehr Wirkung zu erzielen. Die Mittel sollen vor allem zu einer Erhöhung der ökologischen Qualität der Biodiversitätsförderflächen führen. Der Biodiversitätsschutz soll zudem mit anderen Programmen des Bundes besser abgestimmt werden, erklärte Gabriele Schachermayr. Dazu gehören die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln sowie der Stickstoff- und Phosphorüberschüsse. «Die angestrebte nachhaltige Landwirtschaft in der Schweiz ist auf die Biodiversität angewiesen, sagte die Agrarexpertin. Allein die Bestäuberleistung in der Schweiz sei 350 Millionen Franken wert.

Biodiversitätsschädigende Subventionen ab- und umbauen

Die Steuer- und Finanzsysteme der Staaten (Subventionen im weiteren Sinn) enthalten zahlreiche Anreize, welche ungünstig sind für die Biodiversität. Nur wenige Anreize sind biodiversitätsfördernd. Gemäss den Aichi-Zielen der Biodiversitätskonvention müssen biodiversitätsschädigende Anreize bis 2020 beseitigt, schrittweise abgebaut oder umgelenkt werden.

Für Frankreich gibt es mittlerweile eine umfassende Liste der Subventionen, die einen Einfluss auf die Biodiversität haben. Die Liste ist lang, und viele der Subventionen sind aus Sicht der Biodiversität absurd. Erarbeitet wurde die Liste von einer vielfältig zusammengesetzten Expertenkommission des Centre d'Analyse Stratégique unter der Leitung von Guillaume Sainteny. Basierend auf dieser Grundlage haben die Experten Ansätze zur Entwicklung und Reform der Subventionen vorgeschlagen, um ihre schädlichen Auswirkungen auf die Biodiversität zu vermindern oder zu eliminieren.

Beispielsweise erhebt der Staat für Parkplätze, die in Gebäuden integriert sind, zwei bis achtmal so hohe Steuern wie für Aussenparkplätze, wobei gemeinsam genutzte Innenparkplätze am höchsten besteuert werden – dies obwohl Innenparkplätze zu einer geringeren Versiegelung des Bodens führen. Guillaume Sainteny fordert, dass die Differenz abgeschafft oder zumindest deutlich vermindert wird.

In Frankreich hat die Analyse bereits zu einer Sensibilisierung für nachhaltige Finanzen geführt, sagte Sainteny. Es sei nun wichtig, den Dialog fortzuführen. Wie auch immer die Lösungen aussehen werden, eines sei sicher: Eine Senkung von Steuern und Abgaben für biodiversitätsfreundliches Verhalten sei in Frankreich, dem Land mit sehr vielen Steuern und Abgaben, kaum möglich. «Wenn wir in Frankreich an Steuern denken, denken wir an Einnahmen. Es werden daher eher neue Steuern geschaffen, um in die biologische Vielfalt zu investieren.»

Auch für die Schweiz wird zurzeit eine Liste biodiversitätsschädigender Anreize und Subventionen erarbeitet. Fachexpertinnen und -experten der Eidgenössischen Forschungsanstalt WSL, des Forums Biodiversität Schweiz sowie von BirdLife Schweiz und Pro Natura führen dazu umfangreiche Recherchen, Workshops und eine schweizweite Umfrage bei interessierten Bürgerinnen und Bürgern durch. Mit letzterem konnten Fehlanreize auch auf kantonaler und kommunaler Ebene identifiziert werden. Über 100 Meldungen aus 70 Gemeinden in 18 Kantonen gingen ein, wie Lena Gubler von der WSL erklärte. Insgesamt wurden 140 biodiversitätsschädigende Subventionen und Anreize in der Schweiz ausgemacht. Zwei Drittel davon stammen aus den Sektoren Landwirtschaft, Siedlung und Verkehr. Die Summe aller biodiversitätsschädigenden Subventionen und Anreize belaufe sich auf mindestens 30 bis 40 Milliarden Franken pro Jahr, so Gubler. Gleichzeitig fehle das Geld für den Schutz der Natur.

Gubler schätzt, dass die identifizierten Subventionen und Anreize nur die Spitze des Eisbergs sind. «Die Dunkelziffer ist hoch, weil viele Fehlanreize schwer quantifizierbar sind», erklärte die Wissenschaftlerin. Einerseits seien die bekannten Fehlanreize abzuschaffen; andererseits müsse bei Subventionsüberprüfungen oder neuen Subventionen konsequent die Biodiversitätsverträglichkeit als Kriterium angewendet werden, empfiehlt Gubler.

Wachstumswang frisst Effizienzgewinn

Gross sind die Herausforderungen nicht nur bei den öffentlichen Mitteln, sondern auch bei den Finanzgeschäften. Die gute Nachricht: die nachhaltigen Anlagen verlassen langsam aber sicher ihr Nischendasein und gehen in den Mainstream über. 2018 waren immerhin rund ein Fünftel aller Anlagen in der Schweiz «nachhaltig», das heisst sie beziehen in irgendeiner Form Umwelt-, Sozial- und/oder Governancefaktoren in den Finanzentscheid ein; weltweit gesehen sind es «erst» 11%. Das Wachstum ist exponentiell: allein zwischen 2017 und 2018 stieg das Volumen um 83%. Die Performance dieser Anlagen ist gleich gut wie vergleichbare Anlagen, die keine Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen, und das bei etwas tieferem Risiko.

Viele Pioniere und Weltinnovationen im Bereich nachhaltige Finanzen stammen aus der Schweiz, erklärte Sabine Döbeli. Die Geschäftsleiterin von Swiss Sustainable Finance, dem Verband zur Förderung nachhaltiger Finanzen in der Schweiz, weist aber auch darauf hin, dass sich diese neuen Anlagen stark in ihrem Beitrag zu einer nachhaltigeren Welt unterscheiden. In der Regel würden die Anleger finanzielle Ziele verfolgen. Man erwarte vor allem geringere Risiken der Anlagen oder eine bessere finanzielle Performance.

Biodiversität ist allerdings bei keinem Finanzprodukt ein Kriterium. «Zwischen Biodiversität und Investoren liegt immer noch ein tiefer Graben», sagte Sabine Döbeli. «Es ist für Investoren schwer zu erfassen, wo die Risiken und Gewinne stecken». Um eine Brücke zwischen der Finanzwelt und der Biodiversität zu schlagen, brauche es noch viel Arbeit.

Dass dieser Weg schwierig ist, zeigten Balthasar Bänninger und Alice Balmer von der Forma Futura Invest AG in Zürich. Es sei zwar noch niemand zu ihnen gekommen, der in die Biodiversität investieren wollte; aber diese Person hätte mit grosser Wahrscheinlichkeit zwei Erwartungen: Die Anlage müsse Rendite erbringen und einen Beitrag zu einer besseren Welt leisten. «Beide Erwartungen sind mit Problemen behaftet», sagte Balthasar Bänninger. Rendite sei nur durch Wirtschaftswachstum zu haben. Wachstum mache aber in der Regel alle ökologischen Vorteile rasch wieder zunichte. «Der Wachstumszwang frisst die Effizienzgewinne rasch auf.» Überhaupt sei der Beitrag zu einer besseren Welt schwierig zu messen. «Nur ein Teil der Ökosystemleistungen ist überhaupt erfassbar.» Und dann müsse man genau hinschauen, ob der Beitrag einer Anlage an den Schutz der Biodiversität tatsächlich positiv ist.

So ist es beispielsweise verlockend, in eine Firma zu investieren, die Verpackungen aus nachwachsenden Rohstoffen herstellt. Doch wenn diese aus Monokulturen stammen, wo früher vielleicht sogar Urwälder standen, macht dies ökologisch keinen Sinn. Aufgrund des Vakuums, das zurzeit bei biodiversitätsfreundlichen Anlagen bestehe, rät Alice Balmer im Moment dazu, den eigenen Konsum zu hinterfragen und Verantwortung für die eigenen Geldflüsse zu übernehmen. Man müsse mit seinen Investitionen weitere Schäden an den ökologischen, sozialen und kulturellen Grundlagen verhindern.

Die Wirkung von Investments messen

Dennoch muss das Vakuum zeitnah gefüllt werden. Angesichts der Biodiversitätskrise und dem Schwund an Naturkapital gibt es keine Alternative. Ein wichtiger Input für das weitere Vorgehen stammt von der AXA-Versicherung und dem WWF Frankreich. Im Rahmen einer Studie, die Ciprian Ionescu und Hugo Bluet vorstellten, wurde das Vorgehen skizziert, das notwendig ist, um intakte Ökosysteme in Finanzstrategien zu integrieren.

Die Fachexperten gehen dabei von der Grundprämisse aus, dass die Unternehmen von ökologischen Systemen abhängig sind oder eine erhebliche Auswirkung auf die Natur haben. Gleichzeitig haben sie ein grosses Potenzial, um Biodiversität zu erhalten oder gar zu fördern. Dies alles wird die Profitabilität und Zukunftsfähigkeit eines Unternehmens in Zukunft mit grosser Wahrscheinlichkeit stark beeinflussen. Genau solche Informationen sind für Investoren von zentraler Bedeutung. Doch zurzeit fehlen standardisierte und zuverlässige Daten von Unternehmen. Anleger und Investoren haben somit keine Chance, die ökologische Tragfähigkeit ihrer Investments zu bewerten.

Eine zentrale Forderung der Studie ist die Gründung einer Task Force mit Unternehmen, Finanzinstitutionen und Regierungsvertretern, welche die Tätigkeiten von Firmen identifiziert, die entweder Biodiversität zerstören oder Biodiversität schützen und erhalten. Die Auswirkungen müssen anschliessend messbar gemacht werden, auch um sie in die Berichterstattung der Unternehmen integrieren zu können. Die Regierungen und die Politik sollten den dazu notwendigen Dialog zwischen den verschiedenen Sektoren sowie mit privaten Akteuren ermöglichen und fördern. Dies beinhaltet auch Initiativen zur Sensibilisierung der Bevölkerung, insbesondere durch ein Labelling von Finanzprodukten, die sich positiv auf die Natur auswirken. Zudem fordert die Studie nicht weniger als einen «New Deal for Nature and People»: Die Regierungen sollen für die Erhaltung und Förderung der Biodiversität klare Prioritäten erarbeiten und alle betroffenen (privaten und öffentlichen) Akteure dazu aufrufen, zu diesen Bemühungen beizutragen.

Auf europäischer Ebene entsteht zurzeit bereits ein Aktionsplan für ein nachhaltiges Finanzwesen. Dieser wird den Finanzsektor dazu verpflichten, in seinen Strategien mehr Rücksicht auf

Umweltfaktoren zu nehmen. Davon werden auch die Schweizer Finanzinstitute betroffen sein; ein Bericht von WWF Schweiz zeigt, dass deren Zugang zum europäischen Finanzmarkt durch das Fehlen von Standards bezüglich Transparenz und Nachhaltigkeit gefährdet sein könnte.

Greenwashing beenden!

Lange Zeit war die Politik weder besonders aktiv noch hat sie grösseren Druck auf die Finanzbranche ausgeübt. Beat Jans, seit 2010 im Nationalrat und unter anderem Mitglied des Nachhaltigkeitsbeirates der Basler Kantonalbank, kennt den Grund: «In der Schweiz diktiert die Finanzbranche der Politik, was sie zu tun hat.» Immerhin zeichnet sich langsam eine Wende ab: Die Revision des CO₂-Gesetzes, über die zurzeit debattiert wird, soll nach dem Willen des Ständerates Bestimmungen enthalten, welche die Finanzmittelflüsse klimaverträglicher gestalten werden. Jans ist optimistisch und erinnert daran, dass genügend Druck in der Vergangenheit sogar zum Fall des Bankgeheimnisses geführt hat.

Die Verantwortung der Schweiz ist gross: Ein Viertel aller grenzüberschreitenden Vermögen werden von der Schweiz aus verwaltet. Gleichzeitig investiert die Nationalbank in Unternehmen, die massiv am CO₂-Ausstoss beteiligt sind. «Die Nationalbank ist der Meinung, dass Ökologie nicht zu ihrem Geschäft gehört», sagte Jans. «Die Banken halten sich für ein eigenes Universum. Das ist ernüchternd.»

Immerhin kommt der Handlungsbedarf mittlerweile auch in der Finanzbranche an. Doch nach wie vor gibt es viel zu viel Greenwashing, so Jans: «Viele Produkte, die als nachhaltig angepriesen werden, tragen wenig zum Klimaschutz bei. Das muss aufhören!». Man müsse sich bewusst sein: Die heutigen Finanzflüsse vernichten Naturwerte. «Der entartete Kapitalismus zerstört die Erde, und die Reparaturkosten steigen ständig an». Noch fehle allerdings Biodiversität in der nun entfachten Diskussion. Jans hofft, dass die Natur im Kielwasser des Klimaschutzes mitschwimmt.

Hausaufgaben für Politik und Forschung

Auf dem anschliessenden Podium mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaften, Finanzbranche, Behörden und von NGOs wurde Bilanz gezogen. Man war sich einig, dass es eine Regulierung des Finanzplatzes braucht und die Politik den Rahmen für nachhaltige Finanzströme schaffen muss. Amandine Favier, Leiterin Nachhaltige Finanzen beim WWF Schweiz, hofft, dass mehrere Staaten und mehrere grosse Finanzinstitutionen den Lead übernehmen werden.

Die Zeit drängt; das Naturkapital schrumpft in beängstigendem Ausmass, und unsere Lebensgrundlage ist in Gefahr. «Es reicht nicht mehr, nur an einzelnen Schrauben zu drehen», sagte Markus Fischer vom Institut für Pflanzenwissenschaften der Universität Bern. Die Tagung sei «interessant, gehaltvoll – und total deprimierend» gewesen. «Wir brauchen nun einen Wertewandel und eine echte Transformation. Es ist ein Trugschluss zu meinen, dass der Markt die Probleme selbst löst.»

Pragmatischer sieht dies Franziska Schwarz, Vizedirektorin beim BAFU. «Es gibt sehr wohl Möglichkeiten, an Schrauben zu drehen und dabei erfolgreich zu sein.» Der Politik empfiehlt sie, die Forderungen der Jungen anzuhören und die grosse Finanzierungslücke beim Schutz der Biodiversität zu schliessen.

Die Herausforderungen für die Finanzbranche sind riesig, vor allem angesichts der Tatsache, dass reine Naturschutzprojekte keine marktgerechte Rendite abwerfen – «und somit auch nicht zu einem eigentlichen Investmentprodukt führen werden», wie Sabine Döbeli betonte. Die Integration der Kosten der Umweltzerstörung in die Preise von Produkten, die am Markt gehandelt werden, wäre eine wichtige Massnahme, so Döbeli.

Michael Diaz von der Alternativen Bank Schweiz wies darauf hin, dass eine Maximierung der Rendite über nachhaltige Anlagen nicht möglich ist. «Ertrag und Umweltschutz bewegen sich in

einem Zielkonflikt». Zudem gebe es keine Anlagen, die nur in Biodiversität investieren. Ulla Enne von der Pensionskasse Nest bestätigte dies: «Der Klimaschutz ist auf der Anlageseite viel weiterentwickelt.»

Sabine Döbeli betonte, dass Biodiversität und Klima eng miteinander verknüpft sind und warnte davor, zu viele Elemente der Nachhaltigkeit ins Spiel zu bringen und damit Politik und Finanzwelt zu überfordern. Dem hielt Markus Fischer entgegen: «Ein Finanzprodukt, das Biodiversität nicht berücksichtigt, kann kein nachhaltiges Produkt sein!» Es brauche nun innovative Ideen, um die Herausforderungen anzugehen und die Finanzströme auf einen echten nachhaltigen Kurs zu bringen.

Gefordert ist damit auch die Forschung. Oberste Priorität ist die Messung der Auswirkungen von Unternehmen und Finanzanlagen auf Biodiversität, Natur und Landschaft sowie der Risiken, die mit einem Verlust an Biodiversität und Ökosystemleistungen verbunden sind. Anschliessend müssen anerkannte Finanzprodukte entwickelt werden, die zumindest indirekt Biodiversität erhalten oder fördern.

Der Dialog zwischen Finanzbranche und Biodiversitäts-Community muss nun intensiviert werden, um gute Lösungen zu finden. Dazu braucht es auch den Druck einer sensibilisierten Bevölkerung. «Es wird Knochenarbeit sein, das Thema voranzubringen», prophezeite Sabine Döbeli. In seinem Schlussvotum sagte Florian Altermatt, dass der Staat nun aktiv werden muss. «Und vergessen wir nicht: Wir alle sind der Staat!» Es gelte, das Leben wieder ins Zentrum der ökonomischen Entscheide zurückzuholen.

Dieser Tagungsbericht, die Abstracts zur Tagung und die PDFs der Keynotes sind verfügbar unter: www.biodiversity.ch/swifcob20

SWIFCOB: Dialog zwischen Forschung und Praxis

Das «Swiss Forum on Conservation Biology» SWIFCOB ist eine jährlich stattfindende Veranstaltung des Forums Biodiversität Schweiz. Die SWIFCOB 20 brachte Wissenschaftlerinnen, Vertreter der Finanz- und Versicherungsbranche, Fachleute aus Verwaltung, von Büros und von Naturschutzorganisationen zusammen. Im Zentrum stand die Frage, wie Finanz- und Staatssektor Biodiversitätsrisiken und -opportunitäten besser wahrnehmen können. SWIFCOB 20 wurde unterstützt von den Bundesämtern BAFU und BLW.

Kontakt

Dr. Daniela Pauli, Leiterin Forum Biodiversität Schweiz
Akademie der Naturwissenschaften · Laupenstrasse 7 · 3001 Bern
+41 31 306 93 40
daniela.pauli@scnat.ch
www.biodiversity.ch
Twitter: @biodiversityCH